

# WEG MIT DEN NEUEN POLIZEIGESETZEN!

Gegen die Rechtsentwicklung  
der Regierung

SPENDEN-  
PREIS  
50ct



Bild: RF / Protestdemo  
Düsseldorf, 7.7.2018

Member of  
**ICOR**



**MLPD**

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

# Vorwort



*Proteste gegen das Polizeiaufgabengesetz in München am 12. Mai 2018*

65 000 Menschen demonstrierten im April/Mai in Bayern und 20 000 im Juli in Düsseldorf gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze. Ein erster Erfolg: die Verabschiedung des Gesetzes im Landtag NRW wurde bis nach dem Sommer vertagt. **Der Widerstand gegen die Rechtentwicklung** der neuen Merkel/Seehofer/Scholz-Regierung formiert sich.

Bundesinnenminister Seehofer hat das bayrische Polizeiaufgabengesetz als „Muster“ für alle anderen Bundesländer vorgestellt.

Unter dem schwammigen Begriff einer sogenannten „drohenden Gefahr“ kann demnach „vorbeugend“ vorgegangen werden, gegen kämpferische Arbeiter und Streikführer,

gegen Umweltschützer und gegen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, die sich für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung einsetzen und deshalb für die kapitalistischen/imperialistischen Interessen von Staat und Monopolen eine „Gefahr“ bedeuten können.

Jeder, auch der „unpolitische“ Bürger kann in das Netzwerk der staatlichen Ausspitzelung und Unterdrückung geraten. Menschen können, ohne ihnen eine konkrete strafbare Handlung auch nur vorzuwerfen, eingesperrt, mit Fußfesseln, Aufenthalt- und Kontaktverboten belegt werden. Die Polizei darf in ihre Wohnungen einbrechen, ihre Computer, Telefone und Smartphones

verwanzen, Daten und Gespräche ausspionieren usw.

Grundlegende Freiheitsrechte werden damit aufgelöst und staatlicher Bespitzelung, Polizeiwillkür und Übergriffen Tür und Tor geöffnet.

Die **MLPD** möchte dazu beitragen, diese Rechtsentwicklung zu stoppen, indem sie von allen fortschrittlichen, demokratischen Kräften gemeinsam zurückgeschlagen wird.

Zugleich zeigen wir auf: Die menschenverachtende Rechtsentwicklung soll die schrankenlose Ausbeu-

tung von Mensch und Natur durch das allein herrschende internationale Finanzkapital absichern und, wenn nötig, auch gewaltsam gegen den Willen von Millionen Menschen aufrechterhalten. Um grundlegend etwas zu ändern, müssen die kapitalistischen Machtverhältnisse revolutionär überwunden werden.

Wir wollen so auch jede und jeden ermutigen, den Kampf für eine Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen und sich zu organisieren.

## Rechtsentwicklung der Regierung Merkel / Seehofer / Scholz

Die neuen Polizeigesetze sind Teil einer umfassenden und drastischen **Rechtsentwicklung der Regierung**. Dazu gehört:

- Eine menschenverachtende **Flüchtlingspolitik**, die das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschafft. Dabei sind 68 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, weil sie nicht mehr menschenwürdig leben können. Der EU-Gipfel am 28.6.18 beschloss,

- Menschen, die vor Kriegen, Armut, Hunger und Dürre über das Mittelmeer fliehen, in Konzentrationslager in Afrika oder EU-Staaten einzukasernieren.
- Ein forcierter **Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten**. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wird verstärkt eingeschränkt, massiver Ausbau der staatlichen Überwachung.

- Die **Faschisierung des Staatsapparats** wird verschärft. Zur verstärkten Überwachung und Unterdrückung sind für den staatlichen Unterdrückungsapparat 15 000 zusätzliche Stellen geplant. Die Münchener NSU-Urteile segnen die Vertuschung der Beteiligung staatlicher V-Leute am neofaschistischen Terror ab.
- Systematische **Förderung von Antikommunismus, Rassismus und Sozialchauvinismus**. Dazu gehören Kampagnen „gegen Linksextremismus“ oder auch der Versuch der „Normalisierung“ einer bisher geächteten rassistischen/faschistoiden Sprache, wie sie CSU-Ministerpräsident Söder oder CSU-Generalsekretär Dobrindt prägen: Sie schimpfen über „Antiabschiebeindustrie“, „Asyltourismus“ und „Belehrungsdemokratie“. Die Wahrnehmung verbriefter Rechte wird quasi für kriminell erklärt.
- Das fasst sich zusammen in einer allgemeine Tendenz der **imperialistischen Kriegsvorbereitung**. Der internationale Konkurrenzkampf zwischen den Imperialisten hat sich enorm verschärft.



Bild: RF

Die allgemeine Gefahr eines III. Weltkriegs wächst erheblich. Mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll Deutschland laut Nato für Rüstung und Bundeswehr ausgeben.

**Die Rechtsentwicklung greift soziale Errungenschaften, Umweltschutz, Arbeiterrechte usw. an.**

# Fortschrittlicher Stimmungs- umschwung contra Seehofer und Merkel

In der Rechtsentwicklung sind sich Merkel (CDU) und Seehofer (CSU) einig. Die Regierung verfolgt die Politik des in Deutschland ansässigen allein herrschenden internationalen Finanzkapitals, von VW und Deutsche Bank, von Daimler, Bosch und ihresgleichen. Sie streiten nur darum, **wie** diese Politik der Bevölkerung vermittelt bzw. gegen sie durchgesetzt werden soll. Ende Juni/Anfang Juli wuchs sich die Berliner Regierungskrise zur bisher tiefsten offenen politischen Krise in Deutschland seit 1945 aus.

Merkel steht für den Einsatz des Systems der kleinbürgerlichen Denkweise als die hauptsächliche Regierungsmethode. Ausgleichende Worte und Ausweichen vor gesellschaftlichen Konflikten in der Öffentlichkeit bei knallharter Machtpolitik hinter den Kulissen! Seehofer und Söder bevorzugen den Kurs von Konfrontation und offener Reaktion nach innen und außen.

In immer mehr Ländern in Europa werden ultrareaktionäre bis hin zu faschistoiden Regierungen installiert.

Die Herrschenden sind von der

Angst getrieben, dass bei einer neuen Weltwirtschafts- und Finanzkrise angesichts der sprunghaft gestiegenen Staatsverschuldung ein internationales Krisenmanagement wie 2008/2009 nicht mehr möglich ist und sich dann ein Aufschwung von Arbeiterkämpfen bis hin zu revolutionären Kämpfen und Aufständen entwickeln könnte.

Ihre „Terrorismusbekämpfung“ ist in Wahrheit eine neue Stufe der Faschisierung des Staatsapparats,<sup>1</sup> gerichtet gegen die eigene Bevölkerung, ihren Widerstand und dessen mögliche Führung.

Länderübergreifend entwickelt sich der **fortschrittliche Stimmungs-umschwung** unter den Massen. Das Interesse an einer gesellschaftlichen Perspektive, Respekt und Anerkennung gegenüber revolutionären Positionen und dem echten Sozialismus als Perspektive und MLPD wächst.

<sup>1</sup> Übernahme faschistischer Methoden bei Beibehaltung bürgerlicher Demokratie (Willi Dickhut, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der BRD, Verlag Neuer Weg 1979, Band 2., Seite 255 f.)

# Die neuen Polizeigesetze: Notstandsrecht jetzt auch ohne „Notstand“

Bild: Pixabay



Die neuen Polizeigesetze legalisieren faschistoide Methoden und wenden Regelungen der Notstandsgesetze von 1968 gezielt an, ohne dass der „Notstand“ erklärt werden muss. Die von der ersten Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD im Mai 1968 beschlossenen Gesetze sehen die weitgehende Aushebelung der Grundrechte und den Einsatz von Bundeswehr und Bundespolizei gegen einen „Aufstand“ der Bevölkerung vor.

Die neuen Polizeigesetze führen außergerichtliche polizeiliche Maßnahmen im Sinne der Notstandsgesetze auf Personen, Personengruppen oder bestimmte Gebiete bezogen ein, ohne dass ein allgemeiner Notstand erklärt wird oder besteht.

## Was soll die Polizei alles dürfen?

Die neuen Polizeigesetze wenden durchgängig die neuen **Begriffe der sogenannten „drohenden Gefahr“** bzw. der **„drohenden terroristischen Gefahr“** an. Also reicht die **bloße Annahme der Polizei**, dass jemand in Zukunft gefährlich werden könnte, um die Maßnahmen anzuwenden. Damit wird der Grundsatz der Unschuldsvermutung aufgegeben.

Bei konkreten Unterschieden in den einzelnen Bundesländern ist der Grundtenor einheitlich:

- Die Polizei wird zur Bürgerkriegsarmee weiter **aufgerüstet**, darf künftig auch **Kriegswaffen** wie Handgranaten tragen und soll mit Elektrowaffen („Distanzelektroimpulsgeräte“) aufgerüstet werden.
- Das **BKA** soll eine **„Zentralstellenfunktion“** bekommen, womit die vom Grundgesetz bestimmte Länderhoheit über die Polizei weiter eingeschränkt wird.
- Nicht nur die Geheimdienste, auch die Polizei darf **V-Leute einschleusen**.
- Die Polizei darf **ohne Verdacht**





Bild: Wikipedia

*Polizeiübergreif auf friedliche Demonstranten*

**auf konkrete Straftaten ermitteln und ohne jedes Gerichtsurteil Strafen verhängen.**

- Jeder Bürger wird zum Verdächtigen erklärt. Unter dem Begriff der „strategischen Fahndung“ kann jeder jederzeit angehalten und die Identität auch zwangsweise durch DNA-Abstrich erfasst, Autos und Taschen durchsucht werden. Diese „**Schleierfahndung**“ verstößt laut Europäischem Gerichtshof gegen das Schengen-Abkommen. Sie verstärkt das Racial Profiling, die Kontrolle von „ausländisch aussehenden Personen“ und soll vor allem gegen „*illegale Einwanderung*“ eingesetzt werden.
- Bisher war Videobeobachtung nur an Orten erlaubt, an denen Verbrechen erfolgt sind, jetzt auch, wo die Gefahr von Verbrechen möglich ist und wo „*Täter an den Tatort mit den Verkehrsverbindungen (ÖPNV, Zufahrtsstraßen, Parkmöglichkeiten, Verkehrsknotenpunkte) kommen können.*“ (S.35) Also überall.
- **Aufhebung der Privatsphäre durch verdachtsunabhängiges Ausspähen** von Computer, Smartphone usw. Mit der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung werden Daten schon im Rechner des Absenders abgegriffen, noch ehe sie eventuell für den Transport verschlüsselt werden. Faktisch darf jeder PC ausspioniert werden: Brief- und

Fernmeldegeheimnis ade.

- **Befugnis der Polizei zum Einbruch in Wohnungen, um „Staatstrojaner“ zu installieren.**
- **Verhängung von Kontakt- und Aufenthaltsverboten.** *Darüber hinaus kann es aber auch erforderlich sein, das Aufsuchen bestimmter Orte, z.B. solche, an denen konspirative Treffen stattfinden, zu verbieten.* Damit werden die Grundrechte der Bewegungs- und Koalitionsfreiheit attackiert.
- Elektronische **Fußfessel** – Entwurf PolG NRW § 34c. Diese kann *„auch zur Überwachung einer Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbote eingesetzt werden“.* (S. 29) Big Brother's watching you!
- **Freiheitsentzug** (Präventivhaft oder Vorbeugender Unterbindungsgewahrsam) bis zu einem Monat (in Bayern sogar drei Monate – unbegrenzt verlängerbar, in Niedersachsen 74 Tage) ohne Tatvorwurf oder konkrete Gefahr (Entwurf PolG NRW § 38). Bisher musste die Polizei eine in Gewahrsam genommene Person spätestens bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen wieder freilassen.



Bild: Pxhere

*Das neue Polizeigesetz:  
Jeder ist betroffen!*



# „Präventiver Unterbindungsgewahrsam“

Unter Kaiser Wilhelm II. wurde erstmals in Deutschland die „Schutzhaft“ gegen Kriegsgegner und Revolutionäre eingeführt.

In der Diktatur des Hitler-Faschismus saßen Hunderttausende bis zum Kriegsende bzw. bis zu ihrem Tod in „Schutzhaft“. Viele Kommunisten kamen nach dem Zuchthaus in weitere „Schutzhaft“ in die Konzentrationslager. Heute wird das lateinisch (prävenire = zuvorkommen) umschrieben – aber der Inhalt ist derselbe: Willkürliche Verhaftungen nur aufgrund der Gesinnung ohne Gerichtsurteil oder -prüfung, meist auch ohne Anwalt.



Bild: Wikipedia

**Rosa Luxemburg, 1871–1919**

*Führerin der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit polnischer*

*Herkunft, unter anderem im Kampf gegen den I. Weltkrieg; Mitgründerin der Spartakus-Gruppe 1916; Haft und Schutzhaft vom 18. Februar 1915 bis zum 8. November 1918, Mitgründerin der KPD am 31. Dezember 1918/ 1. Januar 1919. Am 15. Januar 1919 von reaktionären Freikorps in Berlin ermordet.*

## Wolfgang Schäuble

Der Ex-Innenminister und heutige Bundestagspräsident warf im *Spiegel* schon 2007 die Frage auf, ob man nicht **„GEFÄHRDER WIE KOMBAT-TANTEN<sup>1</sup> BEHADELN UND INTERNIEREN“** könne und ob es nicht Regelungen **„BIS HIN ZU EXTREMFÄLLEN WIE DEM SOGENANTEN TARGETED KILLING“**, also gezielten Tötungen, geben müsse. (*Spiegel*, 7. 7. 2007)

<sup>1</sup> feindliche Kämpfer im Krieg

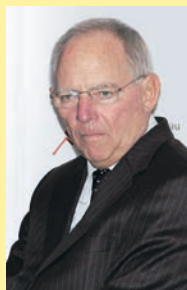


Bild: Pixabay

# Hat der „unbescholtene Bürger“ nichts zu befürchten?

Mit dieser Beruhigungsspielie wollen CDU/CSU/SPD, AfD und Polizei die Bevölkerung einlullen und die sich entwickelnde breite Bewegung, Solidarität und Zusammenhalt unter den Arbeitern und den Massen spalten.

## Von wegen:

1. gerät jeder in Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, Verkehrswegen oder Funkzellen – es sei denn, man bleibt zu Hause und stellt jede Kommunikation ein
2. reicht jede flüchtige Bekanntschaft oder ein geschäftlicher Kontakt mit jemandem, der ins Visier der Polizei geraten ist, um selbst ins Blickfeld zu rücken
3. wird jedes mögliche politische Engagement mit dem Einschüchterungsversuch belegt, man könnte ja Leute kennenlernen, die observiert werden
4. ermuntert bekanntlich ein System der Repression geradezu zur Denunziation; die Stasi (Staatssicherheitsdienst der DDR) lässt grüßen
5. sind Leute schon in die Mühlen von Polizei und Justiz geraten wegen Namensgleichheit, Zahlendrehern oder zufälligen Auf-

gehalten „zur falschen Zeit am falschen Ort“.



Faksimile: Bild-Zeitung

*CSU in Bayern, FDP und Bund deutscher Kriminalbeamter in NRW: Sie versuchten, die Proteste mit antikommunistischer Hetze gegen die MLPD zu spalten. Beide Bündnisse lehnten das ab und verteidigten die Überparteilichkeit*

# „Gegen Kriminalität muss doch ‘was getan werden“



Es steht außer Frage, dass Kriminalität, insbesondere schwere Straftaten und Gewaltverbrechen, verfolgt, bestraft bzw. möglichst vermieden werden sollten.

Umso erfreulicher, dass das Bundesinnenministerium am 8. Mai 2018 mitteilte, dass die erfassten Straftaten in Deutschland<sup>1</sup> um fünf Prozent zurückgegangen sind, den niedrigsten Stand seit 25 Jahren erreicht haben. Dagegen spielt die *Bild*-Zeitung seit Jahrzehnten Einzelfälle mit perverser Lust an der Sensation hoch. Es ist eine Schande, dass auch sogenannte seriösere Medien dies heute mitmachen und bei besonderer Hervorhebung der Verbrechen durch Flüchtlinge eine rassistische Stimmung erzeugen.

Die polizeiliche Kriminalstatistik 2017 des BKA gibt an, dass es elf Vergewaltigungen mit anschließenden

dem Mord gab. Nur einer von elf Tatverdächtigen war „nichtdeutsch“. Ist aber ein „Nichtdeutscher“ verdächtig oder gar der Täter, wird eine regelrechte Hysterie beschworen.

Und: Es stimmt, dass es in und um Massenunterkünften von Flüchtlingen häufiger Gewalt gibt. Dabei sind die Opfer meist die Flüchtlinge selbst. Allein 2016 gab es neben den 1578 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte 385 tötliche Angriffe und 2545 Straftaten gegen Flüchtlinge mit 470 Verletzten.<sup>2</sup>

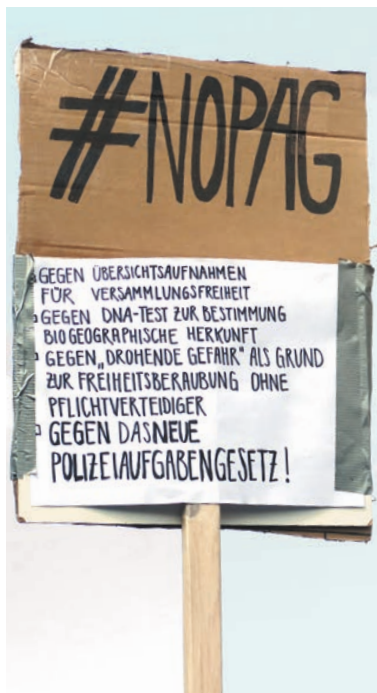
Das beste Mittel gegen verbreitete Kriminalitätsarten bei Flüchtlingen ist ihre zügige rechtliche, politische und soziale Gleichstellung, Aufhebung der Internierung in Massenlagern und Arbeitserlaubnis.

<sup>1</sup> Erfassung ohne ausländerrechtliche Straftaten, d.h. unerlaubter Aufenthalt o.ä.

<sup>2</sup> Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS)

# Wem droht hier welche „Gefahr“?

Eine „drohende terroristische Gefahr“ wird angenommen, wenn jemand beabsichtigt, die „Grundstrukturen“ des Staates „zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ bzw. wenn er eine Behörde oder ein Organ der Meinungsäußerung „nötigen“ will. Es reicht auch schon aus, wenn die Polizei das vermutet. Da der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht verwehrt ist, kann jeder Massenstreik außerhalb einer Tarifrunde kriminalisiert und potenzielle Streikführer „vorsorglich“ verfolgt und eingesperrt werden. Denn jeder Streik und jede Kundgebung ist für die Kapitalisten eine „Nötigung“. Die sehr weit gefasste Definition rechtfertigt die massive Einschränkung des Persönlichkeits- und des Koalitionsrechts.



Bilder: RF

Um faschistische Verbrecher zu erfassen, die Attentate auf die Bevölkerung vorbereiten, braucht es keine neuen Polizeigesetze. Wer von ihnen sich illegal Waffen

oder Sprengstoff besorgt und Anschlagspläne ausheckt, bereitet eine schwere Straftat vor. Das reicht völlig für eine Verhaftung aus.



Die Terrorismusdefinition der EU vom 27. Dezember 2001, die wesentlich mit den Anschlägen auf die Zwillingstürme des WTC in New York gerechtfertigt wurde, erklärt eine Handlung als „terroristisch“, wenn sie mit dem Ziel begangen wird, „... eine Regierung oder eine internationale Organisation unberechtigtweise zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 28. Dezember 2001, L344, S. 93

Diese EU-Vorgabe soll jetzt im neuen Polizeigesetz in NRW im § 8 Absatz 5 umgesetzt werden. Als Rechtfertigung dienen jetzt angeblich „kriminelle Ausländer“ und „islamistische Gefährder“. Im Gesetzentwurf heißt es: „Sofern die drohende Gefahr bestimmt und geeignet ist,

- 1.) die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern
- 2.) eine Behörde, eine nationale oder internationale Organisation oder ein Organ der Meinungsäußerung rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder
- 3.) die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates, eines Landes, einer nationalen oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen, handelt es sich um eine drohende terroristische Gefahr.“

# Der Begriff des „Gefährders“

Der Begriff des „Gefährders“ ist eine Erfindung des BKA und der Landes-kriminalämter von 2004.

Er entstand auf dem Höhepunkt der selbständigen Montagsdemonstrations-Bewegung gegen die Hartz-Gesetze durch die damalige Schröder/Fischer-Regierung. Bis zu 250 000 Menschen demonstrierten ab August wöchentlich. Die MLPD beteiligte sich bundesweit aktiv. Sie durchbrach die von Staat und bürgerlichen Medien aufgezwungene relative Isolierung. Im Herbst folgten konzernweite selbständige Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung mit dem Höhepunkt des siebentägigen Opel-Streiks im Oktober 2004 mit Werksbesetzungen und Torblockaden. In dieser Situation koordinierten „Lagezentren“ das Vorgehen gegen die Volks- und Streikbewegung. Die Arbeitsgruppe Kripo definierte den „Gefährder“: *„eine Person, bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politische Straftaten von erheblicher Bedeutung ... begehen wird“*. Innenminister Schily (SPD) richtete mit Polizei, Inlands- und Auslandsgeheimdienst ein sogenanntes „Terror-Abwehrzentrum“ ein.

Der „Gefährder“ hat weder eine

Straftat begangen, noch gibt es konkrete Anhaltspunkte, dass er eine begehen wird. **Die Einstufung erfolgt ohne Beteiligung eines Gerichts. Sie ist legalisierte Polizeiwillkür.**

Deshalb wurde der Begriff der **„drohenden Gefahr“** eingeführt.

Bisher waren polizeiliche Maßnahmen an eine belegte **„konkrete Gefahr“** gebunden.

## *Fußballfans protestieren*

Der Dachverband der Fortuna Düsseldorf Fans SCD schreibt in seinem Demonstrationsaufruf zum 7.7.18: „Die Verschärfung des Gesetzes betrifft potenziell alle Menschen in NRW. Unsere Erfahrung zeigt allerdings deutlich, dass gerade Fußballfans unter solchen Verschärfungen leiden müssen. In den Medien oft als Krawallmacher und Randalierer bezeichnet, dient man gerne als Spielball der Politik.“



# Lehren aus dem Faschismus werden gekippt

Die Gestapo (Geheime Staatspolizei) vollzog schrankenlosen Terror gegen Kommunisten, Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden usw. Sie allein konnte verfolgen und verurteilen, foltern und morden. Willkür und Terror waren an der Tagesordnung. Nach 1945 wurden in der BRD Polizei und Geheimdienst getrennt. Die Polizei wurde Ländersache und eine übergeordnete Bundespolizei verworfen.

Mit dem *Gemeinsamen Extremismus und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)* von Geheimdienst und Polizei wird das seit 2012 verstärkt unterhöhlt.

Das BKA wird im Rahmen der „Zentralstellenfunktion“ als führende Polizeibehörde ausgebaut. Das neue BKA-Gesetz vom Mai 2018 berechtigt es zur „Gefahrenabwehr“, wenn *„das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit ableitet, dass sie in absehbarem Zeitraum eine terroristische Straftat begehen wird.“*

Das BKA hat sowohl Befugnisse zur Überwachung, Bespitzelung und Koordinierung als auch „imperative Befugnisse“. Es kann „Aufenthaltsvorgaben“, „Kontaktverbote“ und Fußfes-

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.

Martin Niemöller

seln für Gefährder verfügen. M. Löfelmann, Richter am Landgericht München, bei der Anhörung zum Bayrischen Polizeiaufgabengesetz: *Durch Ausdehnung der Befugnisse auf bloß vermutete Straftaten wird Polizei dem Verfassungsschutz deutlich ähnlicher.*

# Irreführende Kampagnen zur Manipulierung der öffentlichen Meinung

Das Innenministerium um Horst Seehofer (CSU) startet eine reaktionäre Kampagne nach der anderen, gespickt mit Fake News, um vom Wesen der Faschisierung des Staatsapparats abzulenken. Angeblich diene das nur dem Schutz und der Sicherheit der Bürger vor terroristischen Anschlägen.

Aber: Islamistisch-faschistischen Attentäter wie Anis Amri, der mit einem Lkw in den Berliner Weihnachtsmarkt fuhr, waren den staatlichen Behörden lange bekannt. Kurz vor dem Anschlag prahlte er gegenüber V-Leuten des Geheimdienstes, dass er ein Attentat begehen wolle. Er wurde von einem V-Mann des LKA NRW vor seinem Anschlag sogar



Bild: RF

nach Berlin gefahren. Über diese Verstrickungen findet trotz Untersuchungsausschüssen keinerlei Aufklärung statt.

## *Vier Fragen an das Innenministerium*

- Warum kommen die islamistisch-faschistischen Attentäter fast immer vor ihrer Vernehmung ums Leben, werden die meisten sofort erschossen?
- Warum werden deren Anschläge selbst bei zum Teil weitgehender Kenntnis von den staatlichen Organen nicht verhindert?
- Warum kommen diese Täter zur

- Tat, obwohl sie persönlich bekannt sind, wie aus den meist nach wenigen Stunden vorliegenden detaillierten Angaben zur Person hervorgeht?
- Sind sie für reaktionäre Politiker ein willkommener Anlass, den Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten zu rechtfertigen?

# Die Umsetzung: Polizeiangriff auf MLPD und Rebelliges Musikfestival



Bild: RF

*Grup Yorum auf dem Rebelligenten Musikfestival*

Freitagfrüh, 18. Mai, Truckenthal (Thüringen): Die Landespolizei marschiert mit zwei Hundertschaften auf. Ihr Auftrag: das zum dritten Mal an Pfingsten dort stattfindende Rebellige Musikfestival gewaltsam

beenden. Als Vorwand dient der Auftritt der türkischen Band Grup Yorum.

Das Ziel war vor allem, die MLPD zu kriminalisieren. Als „Gefährder“ wurden – nicht zufällig – fünf Mitglieder der MLPD eingestuft, darunter der frühere Parteivorsitzende Stefan Engel, einer der Schirmherren des Festivals.

Auf Drängen des Thüringer Verfassungsschutzes und des Bundesinnenministeriums wurde ein Ultimatum gestellt: Entweder wird der Auftritt von Grup Yorum abgesagt oder das Festival wird verboten und gewaltsam aufgelöst. Die Festival-Organisatoren weigerten sich, Zensur im Auftrag der Geheimdienste und des Bundesinnenministeriums gegenüber fortschrittlichen Bands auszuüben. Der örtlichen



Bild: RF

*Jung und Alt feiern friedlich*



Bild: RF

### *Protest gegen Polizeiattacke*

Polizei wurde die Führung aus der Hand genommen und eine Bürgerkriegsübung unter Führung der Landespolizeiinspektion Saalfeld unter unmittelbarer Leitung von Dirk Löther eingeleitet. Sie wies das Rote Kreuz an, eine Sammelstelle für Verletzte einzurichten. In Briefen an die „Gefährder“ drohte sie mit „freiheitsentziehenden Maßnahmen“, „Verwaltungskostenforderungen“ und „Anfangsverdacht der Terrorismusfinanzierung“. Zwei Polizeihundertschaften bauten Absperrgitter auf, begannen Personenkontrollen, durchsuchten Autos und sperrten alle Zufahrten zum Festivalgelände. Damit kriminalisierten sie auch alle Teilnehmer des Festivals.

MLPD und REBELL gingen mit dem Festival in die Gegenoffensive. Sie organisierten Solidarität, legten vor Gericht Widerspruch ein und

informierten die Bevölkerung: Protestkundgebungen, Flugblätter und Presse. Ralf Adam, Betriebsratsvorsitzender bei Globalfoundries in Dresden, schrieb: *„Unglaublich, dass man gerade auch in Thüringen nach den Verquickungen von Verfassungsschutz und NSU nun solche Drohungen gegen dieses Festival von einer staatlichen Behörde ausspricht und versucht, dieses Festival und Grup Yorum zu kriminalisieren. Wehret den Anfängen!“*

Gleichzeitig wurde das Festival mit Sorgfalt und Liebe zum Detail weiter vorbereitet. 1500 Teilnehmer und 50 Bands (keine sagte ab!) reisten an. Es gab positive Medienberichte, unter anderem im *Freien Wort*, der *Ostthüringer-Zeitung*, im *Mitteldeutschen Rundfunk*, im *Neuen Deutschland*, der *Jungen Welt*; ein dpa-Ticker ging durch alle großen Online-Portale bis hin zu tagesschau.



Bild: RF

*50 Bands waren gemeldet und keine hat abgesagt*

de. Am 18. Mai titelte das *Freie Wort*: „Wir bieten der Polizei die Stirn“. In einem Kommentar schrieb der Journalist Andreas Beer: „Mir drängt sich jedenfalls der Verdacht auf, die Südthüringer Beamten sollen hier auf Geheiß übergeordneter Behörden und unter Verweis auf die Sicherheitslage eine Blaupause schaffen, die dann bundesweit immer wieder bemüht werden kann. Freiheit stirbt so mit Sicherheit. Schlimmstenfalls zuerst in Truckenthal.“

Nach breiter Solidarität entschied dann am Mittag des 18. Mai das Verwaltungsgericht Meiningen zugunsten des Festivals. Widerwillig und erst nach erneutem Protest der Festivalteilnehmer zog die Landespolizeiführung ihre Kräfte ab. Das war ein hundertprozentiger Sieg gegen die Attacke auf MLPD und das Rebelle-Musikfestival.

Dokumente und Aussagen der unteren Behörden ergeben ein klares Bild: Das Vorgehen ging von „ganz oben“, von Seehofers Innenministerium und dem Bundesamt für Verfassungsschutz aus. Im Chef der Landespolizeiinspektion Saalfeld fand sich der geeignete Mann fürs Grobe: Dirk Löther. Er hatte zuvor schon zu



Bild: RF

*Stefan Engel: Seit 50 Jahren in der internationalistischen Arbeiterbewegung aktiv; 1982–2017 Vorsitzender der MLPD. Er wurde kriminalisiert und zum „Gefährder“ erklärt – ohne jeden Gesetzesverstoß*

verantworten, dass am 1. Mai 2015 eine faschistische Demonstration ungehindert von der Polizei das friedliche Familienfest im Dürerpark überrannte und sechs Antifaschisten zum Teil schwer verletzte. Beim anschließenden Polizeieinsatz wurde wahllos Tränengas eingesetzt, Kinder und Behinderte wurden getroffen. Im NSU-Prozess wies er als Zeuge erhebliche Erinnerungslücken auf, obwohl er als Spitzenbeamter des LKA und der Landespolizeinspektion an den Ermittlungen beteiligt war. Nach den Vorgängen an Pfingsten 2018 in Truckenthal stieg er zum Abteilungsleiter in der Landespolizeidirektion in Erfurt auf.

Es ist ein Skandal: nur drei Wochen später und wenige Kilometer entfernt durfte zum wiederholten Male ein faschistisches Konzert in Themar stattfinden. Dort spielen die härtesten faschistischen Bands und es wurde massenhaft der Hitler-Gruß gezeigt, ohne dass die Polizei nennenswert eingriff. Nein, das muss „Demokratie“ nicht „aushalten“! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Solche Konzerte ziehen Verbrecher, Hetzer und Schläger an, aus denen sich Terroristen wie der NSU rekrutieren.



Bild: RF

### ***Gefährlicher Kultursaal?***

Ende Juni 2018 verbot die Stadt Gelsenkirchen jede weitere Nutzung des Kultursaals in der Horster Mitte (Sitz der Parteizentrale der MLPD) für vielfältigste Versammlungen aller Art. Die Gründe sind an den Haaren herbeigezogen. So wurde eine „Einsturzgefahr“ dieses 1928 gebauten massiven und stabilen Hauses behauptet. Schnell entwickelt sich gegen diese Willkürentscheidung breiter Widerstand und Protest.



# Die wahren Gefährder: NSU & CO.



Bild: Wikipedia

In Deutschland geht die größte terroristische Gefahr von Faschisten aus: Über 193 Todesopfer seit 1990. Die Anwälte der Nebenkläger im NSU-Prozess üben scharfe Kritik: Der NSU sei nicht nur ein Trio. Bekannt ist, dass mindestens 40 V-Leute im Umfeld des NSU agierten. In der Wohnung des Trios wurden über 100 DNA-Spuren gefunden. Bereits fünf wichtige Zeugen kamen unter mysteriösen Umständen kurz vor ihrer Aussage ums Leben.

Der Fall der aus dem Raum Saalfeld stammenden Polizistin Michelle Kiesewetter ist bis heute nicht aufgeklärt. Was wusste sie über faschistische Netzwerke? Wollte sie aussagen? Immerhin baute dort der Faschist und V-Mann Tino Brandt (verurteilt wegen Kindesmissbrauchs) mit über 200.000 DM vom Thüringer Verfassungsschutz den „Thüringer Heimatschutz“ auf.



Bild: Heinrich-Böll-Stiftung  
(CC BY-SA 2.0)

*Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über Thüringen: „Es macht mir Sorgen, wenn ich sehe, wie extrem schwer es den Parteien vor wenigen Wochen gefallen ist, Kandidaten für die Stadt- und Gemeinderäte zu finden.“ (Rede vom 23.5. 2018 im Schloss Bellevue, Berlin). In Thüringen geht die Vertrauenskrise in die bürgerlichen Parteien besonders tief. Zugleich werden Neonazis und Ultrarechte aufgepäppelt, will sich die AfD breit machen. Die MLPD hat am 1. Mai 2018 dort eine taktische Offensive für den echten Sozialismus und gegen den modernen Antikommunismus begonnen.*

# Warum greifen Herrschenden verstärkt zur Reaktion nach innen und Aggression nach außen?

Der Kapitalismus steckt seit 100 Jahren in einer allgemeinen Krise. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 war die bislang größte, tiefste und längste Krise des Weltkapitalismus. Wie labil das scheinbar so mächtige System doch ist! 20 Staaten mussten alle verfügbaren Mittel (und mehr) aufwenden, um den Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Hauptmotiv war, Aufstände und Revolutionen zu verhindern.

Während sich die „alten“ Imperialisten (G7) kaum von der Krise erholt haben, sind neue Imperialisten emporgekommen: China, Indien, Brasilien, Türkei, Südkorea und andere. Syrien- und Ukraine-Krieg, Brexit und EU-Krise, beginnender Handelskrieg – zwischen den Imperialisten rückt die offene Konkurrenz in den Mittelpunkt.

## Was passiert eigentlich bei der nächsten großen Krise?

An ein weltweit koordiniertes Krisenmanagement der G20 ist mit Trump, Putin und Xi Jinping kaum zu denken. Schon heute ist die UNO, die NATO oder auch die EU gespalten.



Bild: Pixabay

Die weltweite Staatsverschuldung liegt schon bei 225% des Weltsozialprodukts.

Der Imperialismus ist von allgemeiner Krisenhaftigkeit befallen: Umweltkrise, Vertrauenskrise, Parteienkrisen usw. Damit einhergehend sind Millionen Menschen herausgefordert, steigt das Potenzial für revolutionäre Krisen, Erhebungen und Aufstände. Ein internationaler fortschrittlicher Stimmungsumschwung entwickelt sich.

## Weltgefüge im Wanken

Mit der Entstehung von mindestens 14 neuimperialistischen Ländern seit den 1990er-Jahren ist das ganze seit dem II. Weltkrieg entstandene imperialistische Gefüge ins Wanken geraten. Der Syrienkrieg zeigt die erbitterte Konkurrenz. Kriegsherde wie in der Ukraine, der koreanischen Halbinsel und dem südchinesischen Meer bergen Weltkriegsgefahr.



Gabi Fechtner,  
Vorsitzende  
der MLPD

*„Die allgemeine Tendenz der imperialistischen Kriegsvorbereitung wird sich weiter ausbreiten ...*

*Für diese Tendenz stehen der Handelskrieg, Rechtsruck der Regierungen,*

*chauvinistische Hetze, Aufpöpelung völkisch-nationalistischer Gruppierungen wie der AfD. Sie sollen eine allgemeine aufgeheizte Stimmung mit Feindbildern usw. erzeugen, die für eine imperialistische Kriegsvorbereitung grundlegend ist.“*

Erklärung des Zentralkomitees  
der MLPD vom 12.4.2018

Die neuen Polizeigesetze und die verstärkte Unterdrückung sind das Eingeständnis, dass Regierung und Monopole mit den Mitteln des Betrug und der Manipulation über ihre Medienmacht immer weniger die Massen zufriedenstellen können. Bei einer neuen Weltwirtschaftskrise oder in der unmittelbaren Vorbereitung eines Weltkriegs wird die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative jenseits des Kapitalismus und die Offenheit für den echten Sozialismus schnell anwachsen und der Einfluss revolutionärer Organisationen wachsen.

Merkel, Seehofer und Scholz sind sich einig: Konzentrationslager für Flüchtlinge. Nichts anderes sind „Anker“- und „Rückführzentren“. Der zynische Höhepunkt laut EU-Gipfel Ende Juni: Staaten in Afrika erhalten EU-Gelder, um in Wüsten-KZ Geflüchtete aufzuhalten. Schon jetzt sind dort Folter, Tod und Menschenhandel an der Tagesordnung. Das Asylrecht in Europa wird damit nahezu vollständig abgeschafft.

# Sind Arbeiterkämpfe der neue Terrorismus?

Nach der Terrorismusdefinition der EU bzw. der neuen Polizeigesetze können ein großer oder Generalstreik, Massendemonstrationen gegen die Regierung und erst recht jede revolutionäre Bewegung zum „Terrorakt“ erklärt werden. In der Weltwirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 hatte es in vielen Ländern Massenproteste gegeben. In Nordafrika und dem Nahen Osten wurden Regierungen gestürzt. Die griechischen Arbeiter wehrten sich mit zahlreichen Generalstreiks gegen

das Diktat der EU: Hilfszahlungen an die Banken, Hunger und Armut für das Volk.

Nach der Logik von Merkel und Macron sind nicht Kriege, Unterdrückung und Ausbeutung Terror gegen die Bevölkerung, sondern der Widerstand dagegen ist für sie Terror.

Passend dazu hat der Europarat 2006 die „kommunistische Ideologie“ als Ursache für Terror, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen ausgemacht.



Bild: RF

*Beim großen Bergarbeiterstreik von 1997 streikten 130 000 Kumpel, besetzten Autobahnen und Kanäle, um die Kohl-Regierung zu zwingen, ihre Bergbaupolitik zugunsten ihrer Arbeitsplätze zu ändern. Am 11. März stürmten Zehntausende die Bannmeile in der damaligen Hauptstadt Bonn. Heute wäre das Terrorismus. Aber Helmut Kohl schreckte vor dem vom Ältestenrat des Bundestags verlangten Einsatz des Bundesgrenzschutzes zurück. Joschka Fischer (Grüne) und Oskar Lafontaine (damals noch SPD) beschwichtigten die Bergleute mit faulen Versprechen.*

# Was macht die Bundeswehr in Schnöggersburg?

## Bundeswehr trainiert Bürgerkrieg

Im Gefechtsübungszentrum auf dem Truppenübungsplatz Altmark in Sachsen-Anhalt wurde für über 140 Millionen Euro die künstliche Stadt Schnöggersburg gebaut, in der die Bundeswehr den Einsatz in Großstädten übt. Zur Stadt gehören Hochhäuser, Autobahn, Stadion, Industrieanlagen, eine U-Bahn sowie ein Flugplatz. Da ist die modernste Anlage dieser Art – vergleichbare Anlagen betreiben die US-Armee und das israelische Militär. Eindeutig ist die Anlage dafür ausgelegt, den Einsatz gegen die Bevölkerung zu trainieren.



Bild: RF



Bild: Wikipedia

# Revolution ist kein Verbrechen!

Die strategischen Planer von Bundeswehr und Monopolverbänden gehen seit den 1960er-Jahren von Szenarien aus, wo Arbeiter- und Volkskämpfe zu Aufständen werden. Mit dem neuen NATO-Kommando-zentrum in Ulm sollen dazu Zehntausende Soldaten samt Gerät in kürzester Zeit an jeden Winkel der Erde gebracht werden können.

Aber: Sie müssen versuchen die öffentliche Meinung zu gewinnen. Mit systematischem Antikommunismus, Verhetzung der Bevölkerung und „Fake News“ sollen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten diskreditiert werden.

Die Bundesregierung vergießt Krokodilstränen über inhaftierte Journalisten in der Türkei. Was die Öffentlichkeit kaum weiß: In der BRD sitzen genauso türkische und kurdische Demokraten und Revolutionäre in Haft. Angeklagt werden keine Taten, sondern die Gesinnung: Mitglied in der TKP/ML zu sein, in der Anatolischen Föderation oder einer kurdischen Exil-Organisation. Aber: bis März 2018 kamen 5 der 10 Angeklagten im Münchner Kommunistenprozess als Ergebnis einer

[www.inter-liste.de](http://www.inter-liste.de)

## Revolution ist kein Verbrechen! Weg mit § 129 a/b



**Konsequent.**

**Internationalistische Liste**

**MLPD**



breiten und ausdauernden Solidaritätskampagne frei.

Mit dem polizeilichen Verbot von kurdischen Symbolen und Fahnen wird auch die Solidarität kriminalisiert. Seit Januar demonstrierten in Deutschland 250.000 Menschen in Solidarität mit der vom türkischen Militär besetzten nordsyrischen kurdischen Provinz Efrîn.



# Haben Sie die MLPD schon mal im Fernsehen gesehen?

Wohl kaum. Es ist eine systematische Manipulierung der öffentlichen Meinung, wenn Kritik, die an die Wurzel geht, verschwiegen wird – durch alle bürgerlichen Massenmedien.

Aber: Sie müssen versuchen, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Zugleich wurden und werden Mitglieder beruflich benachteiligt, aus politischen Gründen gekündigt oder aus der IG Metall ausgeschlossen. Aber wie beim Fußball: wer einen massiven Angriff abwehrt, gewinnt Raum für Konter. Die MLPD hat jede Schikane zu ihrer Stärkung genutzt, weil sie auf die Massen vertraut. Sie ist die stärkste Kraft links von der Linkspartei. Aber sie muss noch stärker werden!

Seit der Bundestagswahl 2017 ist eine neue Diskriminierung hinzugekommen: Ausgehend vom Ex-Grünen-MdB Volker Beck und einem internationalen Netz zionistischer Journalisten und Mossad-Agenten wird die MLPD als „antisemitisch“ verleumdet: wegen ihrer Zusammenarbeit mit palästinensischen Migranten und der Forderung „Freiheit für Palästina“. Nach der Logik der israelischen Regierung und ihres Geheim-

dienstes ist jede Kritik ihrer Politik antisemitisch. Mit dem Schlagwort des „sekundären Antisemitismus“ wird jede Kritik an der israelischen Regierung und am internationalen Finanzkapital als „verkappter Juden-hass“ diffamiert: wissenschaftlich, historisch und politisch haltlos, aber dafür gibt's staatliche Fördergelder. Und es spaltet die antifaschistische Bewegung, rückt die entschlossenen Kämpfer gegen den Faschismus in die Nähe der Hitler-Faschisten.



Bild: Pixabay



Bild: RF

### **Widerstand gegen Abschiebeterror.**

Am 30. April organisierten sich Hunderte größtenteils afrikanische Flüchtlinge in der Sammelunterkunft Ellwangen, um die Abschiebung eines togolesischen Kameraden friedlich zu verhindern. Mit Erfolg. Tagelang tobte eine Hetzkampagne über gewalttätige Migranten durch das Land. Komisch nur, dass nicht ein verletzter Polizist vorgezeigt werden konnte. Am 3. Mai stürmte die Polizei mit Hundertschaften das Gebäude, versetzte die Bewohner in

Angst und Schrecken. Es gab zahlreiche Verletzte. Die Ellwanger Flüchtlinge bemühten sich dann aktiv um Solidarität und Verbindungen zur örtlichen Bevölkerung, die den Polizeieinsatz zunehmend in Frage stellte, woraufhin die baden-württembergische Landespolizei unter Wilfried Kretschmann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion einen Sprecher der Flüchtlinge gewaltsam nach Italien verschleppte. Ellwanger Flüchtlinge und ihre Freunde kämpften für seine Rückkehr.

### **Worin der BAMF-Skandal wirklich besteht**

Eine bundesweite Medienkampagne brachte erst die Bremer Außenstelle, dann das gesamte Bundesamt für Migration und Flucht in Verruf, deren Leiterinnen von Seehofer gefeuert, als ob sie mit Menschenhändlern zusammengearbeitet hätten. Durch Anwälte wurde schnell klar: Sie haben sich vorschriftsmäßig verhalten, nur die Vorschrift hat noch nicht Seehofers neuen Rechtskurs umgesetzt. Warum wurden

dann überproportional viele Flüchtlinge anerkannt? Viele Eziden<sup>1</sup> kamen nach Bremen. Über 1200 angebliche falsche Aufenthaltsbewilligungen, schreiben die Leitmedien sich die Finger wund. Später kam raus: Es waren viel weniger. Was ist mit den über 100 000 falschen Ablehnungen, die deutsche Gerichte aussprechen?



Bild: Wikipedia

<sup>1</sup> ein Volk mit mehrtausendjähriger Geschichte, dessen Siedlungsmittelpunkt im heutigen Irak in den Senegal-Bergen liegt; sie wurden dort durch Hunger, Durst und bewaffnete Angriffe während der Belagerung durch den IS fast ausgelöscht und konnten durch das Eingreifen kurdischer Kämpfer gerettet werden

# Gesellschaftliche Polarisierung

In 2015/16 wurden in Deutschland neun Millionen Menschen in der Flüchtlingssolidarität aktiv, eine Welle gewerkschaftlicher Streiks entstand. Anfang 2018: ein erneuter Aufschwung von gewerkschaftlichen Streiks in der Metallindustrie, im Gesundheitswesen, erstmals seit 2004 wieder bei den Zeitungsredaktionen, bei Amazon länderübergreifend „synchronisierte“ Streiks. Auch die Beteiligung an internationaler Solidarität oder Ostermärschen stieg an. Vor allem die Jugend steht links. Der fortschrittliche Stimmungsumschwung entwickelt sich. Im Juli 2018 waren 78% unzufrieden mit der Regierung. Die Vertrauenskrise in die bürgerlichen Parteien und die herrschenden Monopole wächst.

AfD, Teile der Medien und immer mehr andere Parteien (bis hinein in Teile der Partei „Die Linke“ um Sarah Wagenknecht) projizieren alle negativen Eigenschaften, die die Menschen zu Recht ablehnen, auf Flüchtlinge. Sexismus und Frauenfeindlichkeit, Verbrechen und Missbrauch von Sozialleistungen. Das ist Rassismus! Die Hitler-Faschisten lenkten allen Unmut auf „den Juden“, der für alle Übel verantwortlich sein sollte. Als erstes wurden die Kommunisten, dann die Gewerkschafter und Sozial-

demokraten in die KZs gebracht.

An Arbeitslosigkeit oder Altersarmut sind nicht Flüchtlinge schuld, egal ob 100 oder 1 Million. Werkschließungen werden von Konzernen, Gesetze von Regierungen gemacht. Die Hartz Gesetze waren ein „Gemeinschaftswerk“ von SPD/CDU/CSU/FDP und Grünen. Die Masse der Flüchtlinge ist vor noch übleren Zuständen geflohen.

Die AfD ist die letzte, die Politik zugunsten der arbeitenden Menschen ändern würde. Sie fordert sogar mehr Sanktionen bei Hartz IV und nimmt Kurs auf die vollständige Abschaffung der Rentenversicherung.

## **Wegbereiter des Faschismus**

Die AfD wurde aufgepöppelt und zur Protestpartei hochstilisiert, ist zum Stichwortgeber der Rechtsentwicklung geworden. Der deutsche Kulturrat stellt fest: „Mehr als 100 Talkshows im Ersten und im ZDF haben uns seit 2015 über Themen Flüchtlinge und Islam informiert und dabei geholfen, die AfD bundestagsfähig zu machen.“ (www.zeit.de 7.6.18). Zugleich verstärkt sich der demokratische und antifaschistische Protest gegen die AfD. 70.000 überwiegend junge Menschen demonstrierten im Juni in Berlin gegen die AfD.

# Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit

Seit 2011 stürzten die Völker des Nahen Ostens und Nordafrikas serienweise ihre Diktatoren.

Faschistische und faschistoide Präsidenten wie Trump und Erdoğan rufen in ihrer Heimat und weltweit Massenbewegungen von Protest und Widerstand hervor.

Wo in Deutschland die Pläne für Polizeigesetze bekannt werden, formieren sich breite gesellschaftliche Bündnisse, diese zu bekämpfen.

Auch im Alltag: Nichts ist so verhasst wie Schikane durch Vorgesetzte, Mobbing am Arbeitsplatz oder Polizei- und Behördenwillkür.

Aller Hetze zum Trotz streben weltweit Millionen nach den kom-

munistischen Freiheitsidealen von Marx und Engels – auch 170 Jahre nach dem „Manifest der Kommunistischen Partei“.

In der ver.di-Zeitschrift *Publik* wurden junge Gewerkschafter gefragt, was Marx für sie bedeutet: *„Mittlerweile empfehle ich Kolleg/innen ..., dass sie Marx lesen sollen. Sie sehen bei betrieblichen Fragen häufig den Kontext nicht. Ich meine den generellen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. ... Meine Beschäftigung mit Marx hat dazu geführt, dass ich ein Klassenbewusstsein habe.“* (Taro, 25 Jahre, Fluggerätemechaniker)



# Wie kann eine überlegene Kraft entstehen?

## Drei Vorschläge der MLPD

**1.** Im Kampf gegen die Polizeiaufgabengesetze ist ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte auf antifaschistischer Grundlage notwendig, gleichberechtigt, auf Augenhöhe, ohne antikomunistische und andere Ausgrenzungen. Wer für demokratische Rechte kämpfen will, muss selbst demokratisch agieren auf antifaschistischer Grundlage.

- Weg mit neuen Polizeigesetzen!
- Verteidigung und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten!
- Aufhebung der Notstands- und Ergänzungsgesetze!
- Weg mit dem § 129a/b StGB! Weg mit den Verboten revolutionärer Organisationen und Parteien!
- Uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage!
- Für den Schutz aller Flüchtlinge und die Anerkennung ihrer Rechte in einer internationalen Konvention!
- Kampf der Militarisierung von Staat und Gesellschaft!

- Für wirksamen Datenschutz! Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung!
- Kampf der Korruption und der Behördenwillkür!
- Kampf der Bürgerkriegsvorbereitung, der Bespitzelung und dem Polizeiterror!
- Verbot aller Zensurmaßnahmen gegen Demokraten, Antifaschisten und Marxisten-Leninisten!
- Kampf jeglicher Völkerhetze, Rassismus und Antikommunismus!
- Für Frieden und Völkerfreundschaft, echten Sozialismus!

**2.** Die MLPD ist in über 400 Städten vertreten. Sie ist eine aufstrebende revolutionäre Arbeiterpartei. MLPD und REBELL unterstützen von ganzem Herzen die Idee der ICOR<sup>1</sup> für eine weltweite antiimperialistische und antifaschistische Einheitsfront. Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – Unterdrückung und Diktatur sind zwei Seiten einer Medaille. Wenn die Völker der Welt neue Kriege und einen III. Weltkrieg verhindern wol-

<sup>1</sup> Internationale Koordinierung Revolutionärer Parteien und Organisationen

## Das Internationalistische Bündnis

Die MLPD tritt dafür ein, im Kampf gegen die Polizeigesetze das Internationalistische Bündnis zu stärken. Schon im Oktober 2016 sahen zahlreiche Organisationen den Rechtsruck der Herrschenden und starteten die Initiative zu einem breiten überparteilichen Zusammenschluss. Bisher 21 000 Unterstützer und 25 Organisationen stehen unter dem Slogan „konsequent antifaschistisch-internationalistisch-klassenkämpferisch-ökologisch-revolutionär“ für eine Bewegung für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Jeder, der gegen die Rechtsentwicklung kämpfen will, gehört dort hinein. Dazu gilt es auch, Berührungsängste und Vorbehalte zu überwinden!



len, müssen sie gemeinsam gegen alle Imperialisten und Kriegstreiber kämpfen. Das steht auch am Antikriegstag 2018 im Zentrum.

### MLPD und ICOR

Die ICOR ist die Internationale Koordinierung von inzwischen 51 revolutionären Parteien und Organisa-

tionen. Sie arbeiten praktisch zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Viele dieser Organisationen werden von reaktionären Regierungen verfolgt und unterdrückt bis hin zu gezielten Tötungen.

**3.** Da im Kapitalismus die Freiheit von über 99 Prozent der Bevölkerung da aufhört, wo das Profit- und Machtinteresse von weniger als 1 Prozent anfängt, ist eine gesellschaftliche Perspektive unverzichtbar.

*„Erst durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen abgeschafft.“* Die Arbeiterklasse muss die Staatsmacht erobern und die Diktatur des Proletariats errichten, um:

- die Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum des werktätigen Volkes zu überführen,
- die Produktionsweise umzuwälzen
- und die Leitlinie der Einheit von Mensch und Natur im internationalen Maßstab zu verwirklichen.

„Diktatur des Proletariats“ heißt: breiteste Demokratie für die Massen,





Unterdrückung des Widerstands von Kapitalisten, Übergang von immer mehr Staats- und Verwaltungsaufgaben auf die Masse der Bevölkerung und System der Selbstkontrolle über die Denk-, Arbeits- und Lebensweise der Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Partei. Das ist nötig, um den Verrat am Sozialismus zu verhindern, wie er in allen ehemals sozialistischen Ländern stattgefunden hat. In Russland und China wurde nicht nur der Kapitalismus wieder eingeführt, sondern sogar ein imperialistisches System entwickelt.

### **Was ist heute Freiheit?**

Banken und Versicherungen, Auto-konzerne und Konsumartikelhersteller vermitteln das Bild, die größte Freiheit des Menschen bestünde im Kauf ihrer Produkte. Dabei haben diese internationalen Monopolkonzerne die Freiheit,

- die Arbeiterklasse auszubeuten
- unsere Lebensgrundlagen zu zerstören
- Milliarden Steuern zu hinterziehen und Staatsgelder zu kassieren
- mit Waffenexporten an reaktionäre Maximalprofite zu verdienen
- unliebsame, kritische oder gar revolutionäre Arbeiter zu unterdrücken, zu mobben, zu diskriminieren, in manchen Ländern auch, sie in Gefängnisse sperren oder ermorden zu lassen.

Wer sich dagegen die Freiheit nimmt, für den Weg zum Kommunismus, für den echten Sozialismus, organisiert zu kämpfen, wird dafür oft bekämpft, verleumdet, belächelt.

Aber die Organisiertheit in diesem Kampf gibt Perspektive, Rückgrat, Mut, Sicherheit und Selbstvertrauen – werdet Mitglied in der MLPD (ab 16) oder im REBELL!

# LITERATUR ZUM THEMA



## **Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution**

620 Seiten  
Hardcover: 28,00 €  
ISBN: 978-3-88021-380-7  
Taschenbuch: 14,80 €  
ISBN: 978-3-88021-391-3  
E-Book: 11,99 €  
ISBN: 978-3-88021-418-7



## **Proletarischer Widerstand gegen Faschismus und Krieg**

796 Seiten  
Taschenbuch: 25,50 €  
ISBN: 978-3-88021-156-8



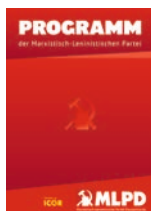
## **Willi Dickhut So war's damals ...**

563 Seiten  
Taschenbuch: 14,00 €  
ISBN: 978-3-88021-042-4



## **Willi Dickhut Was geschah danach?**

518 Seiten  
Taschenbuch: 15,50 €  
ISBN: 978-3-88021-205-3



## **Programm der MLPD**

160 Seiten  
Taschenbuch: 1,00 €  
ISBN: 978-3-88021-445-3  
E-Book: 0,49 €  
ISBN: 978-3-88021-467-5



## **Über die Herausbildung der neuimperialistischen Länder**

81 Seiten  
Broschüre: 3,00 €  
ISBN: 978-3-88021-460-6  
E-Book: 2,49 €  
ISBN: 978-3-88021-462-0

**Bestellen unter [www.people-to-people.de](http://www.people-to-people.de)**



**Großveranstaltung**  
**„100 Jahre Novemberrevolution“**  
**in Berlin, Samstag, 12. Januar 2019**  
**Demonstration zu Ehren von**  
**Lenin, Liebknecht, Luxemburg**  
**Sonntag, 13. Januar 2019**

Die MLPD lädt herzlich ein zu zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet. Infos und örtliche Kontaktadressen in allen Bundesländern auf **[www.mlpd.de](http://www.mlpd.de)**

# Schreib uns!

Name:

Vorname:

PLZ/Ort:

Straße:

## ICH MÖCHTE:

☐ Mitglied der MLPD werden

☐ ein persönliches Gespräch

☐ zu Veranstaltungen eingeladen werden

☐ das Programm der MLPD (1,00 Euro)

☐ die Organisationspolitischen Grundsätze (1,80 Euro)

☐ ein Probeabo des Rote Fahne Magazins (2 Ausgaben kostenlos)

☐ Dauerspender/in zur Stärkung der MLPD werden

☐ Mitglied werden im Jugendverband REBELL

☐ Sonstiges

## ► Bitte ausfüllen und im Umschlag senden an:

Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen

## ► Bankverbindung

Spendenkonto: **GLS-Bank**

IBAN: DE76 4306 0967 4053 3530 00 BIC: GENODEM1GLS

## **Zentralkomitee der MLPD**

Schmalhorststraße 1c  
45899 Gelsenkirchen  
Telefon 0209 951940

[Info@mlpd.de](mailto:Info@mlpd.de)  
[www.mlpd.de](http://www.mlpd.de)

## **Jugendverband REBELL**

Schmalhorststraße 1c  
45899 Gelsenkirchen  
Telefon 0209 9552448

[geschaeftsstelle@rebell.info](mailto:geschaeftsstelle@rebell.info)  
[www.rebell.info](http://www.rebell.info)